

**Children First –
Armutsbekämpfung muss bei Kindern und Jugendlichen anfangen!**



Forderungspapier der Kindernothilfe zum Weltarmutsgipfel 2010



MDG+10 Millenniums-Entwicklungsziele verwirklichen
Vier zentrale Forderungen der Kindernothilfe zum Weltarmutsgipfel 2010

- 1. Children First: Armutsbekämpfung muss bei Kindern und Jugendlichen anfangen.**
- 2. Kinder und Jugendliche müssen an nationalen Programmen zur Armutsbekämpfung beteiligt werden.**
- 3. Kinderrechte sind Menschenrechte: Das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes muss konsequent umgesetzt werden.**
- 4. Armutsbekämpfung und Anpassung an den Klimawandel müssen zusammengedacht werden.**

1. Children First: Armutsbekämpfung muss bei Kindern und Jugendlichen anfangen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) sind seit dem Jahr 2000 der zentrale Referenzrahmen der nationalen wie internationalen Entwicklungspolitik und zur Bekämpfung der Armut. Zehn Jahre danach, im Sommer 2010, gibt es positive Entwicklungen in einigen Bereichen und Regionen. So sind zum Beispiel die Einschulungsraten in den ärmsten Ländern, vor allem auch in Sub-Sahara Afrika, angestiegen. Doch insgesamt sind die Fortschritte in einigen Regionen, besonders in vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara, zu langsam.

Zudem drohen erzielte Fortschritte durch Wirtschafts-, Ernährungskrise und Klimawandel zunichte gemacht zu werden. So hat sich die Zahl der hungernden und unterernährten Menschen im Jahr 2009 vor allem in Folge steigender Lebensmittelpreise und sinkender Einkommen auf über eine Milliarde Menschen erhöht. Jedes vierte Kind unter fünf Jahren ist untergewichtig, vor allem durch Mangel an Lebensmitteln, unzureichende Wasser- und Sanitärversorgung und fehlende Gesundheitsdienste.

Sollen bis zum Jahr 2015 die MDGs noch verwirklicht werden, so müssen alle Staaten ihr Engagement deutlich erhöhen. Besonderes Augenmerk muss dabei auf Kinder und Jugendliche gerichtet werden. Sie spielen bei der Armutsbekämpfung und der erfolgreichen Umsetzung der MDGs eine zentrale Rolle:

- Kinder und Jugendliche stellen zwischen 60 und 70 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern. Ein Drittel von ihnen, rund 600 Millionen, lebt in absoluter Armut. Ihnen mangelt es nicht nur an Gütern zur Deckung alltäglicher Grundbedürfnisse, sondern auch an Möglichkeiten, grundlegende Rechte in Anspruch zu nehmen, um ihre Gesellschaft mitzugestalten.
- Als schwächstes Glied der Gesellschaft leiden Heranwachsende stärker unter den Folgen der Armut als Erwachsene, zum Beispiel unter gesundheitlichen Schäden, die bei ihnen zum Teil irreparabel sind.
- Armutsbekämpfung ist ein wichtiger Schlüssel, um die Ausbeutung von Kindern und damit Kinderarbeit zu verhindern.
- Mindestens vier der MDGs beziehen sich ausdrücklich auf die Situation von Kindern, so zum Beispiel die allgemeine Grundschulbildung für Mädchen und Jungen bis zum Jahr 2015. Alle MDGs wirken auf das Lebensumfeld von Heranwachsenden.

Wenn die MDGs verwirklicht werden, würde dies die Lebenssituation vieler Kinder deutlich verbessern. Millionen Kinder könnten vor Krankheit und vorzeitigem Tod bewahrt werden sowie extremer Armut und Hunger entkommen. Daraus folgt: Armutsbekämpfung und die Umsetzung der MDGs muss bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Besonderes Augenmerk muss auf die Verletzlichsten unter ihnen gerichtet werden. Hierzu gehören zum Beispiel Mädchen, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen sowie Mädchen und Jungen ethnischer Minderheiten. Sie sind häufig zusätzlichen Benachteiligungen ausgesetzt.

2. Kinder und Jugendliche müssen an nationalen Programmen zur Armutsbekämpfung beteiligt werden.

Im Fortschrittsbericht der Vereinten Nationen zur Umsetzung der MDGs (2010) wird die Bedeutung von nationalen Armutsminderungsstrategien und vergleichbarer Entwicklungsstrategien, -politiken und -programmen sowie deren Unterstützung durch internationale Partner für eine erfolgreiche Umsetzung der MDGs hervorgehoben. Seit 2004 fordert die Kindernothilfe eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bzw. ihrer Vertreter an der Erstellung und Umsetzung von Strategiepapieren zur Armutsbekämpfung. Kinder sind die Zukunft eines Landes. Ihre Ideen, ihr Gestaltungsreichtum sowie ihre Mitwirkung sind unverzichtbar für die Bekämpfung der Armut.

Weitere Forderungen zu Punkt 1 und 2:

- Strategien zur Armutsbekämpfung müssen einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Kinderarmut legen. Sie müssen die Auswirkungen makroökonomischer Strategien und Politiken auf Kinder und Jugendliche untersuchen.
- Eine umfassende Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Kinderrechtsorganisationen an der Erarbeitung und Umsetzung derartiger nationaler Strategien sowie an der Überwachung der Umsetzung muss gewährleistet sein.
- Derartige Prozesse müssen mit anderen einschlägigen politischen Planungsprozessen und Gesetzesvorhaben verknüpft werden.

3. Kinderrechte sind Menschenrechte: Das UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes muss konsequent umgesetzt werden.

Die MDGs sind unmittelbar an die Verwirklichung bestimmter Rechte geknüpft. Menschen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Nahrung zu ermöglichen, ist eine menschenrechtliche Verpflichtung von Staaten und eine wichtige Voraussetzung zur Reduzierung von Armut. Viele strukturelle Ursachen von Armut und soziale Ausgrenzung stellen Menschenrechtsverletzungen dar. So fehlt jedem zweiten der 2,2 Milliarden Kinder auf dieser Welt Grundlegendes fürs Überleben, wie ausreichend Nahrung, sauberes Wasser, medizinische Hilfe. Eine Verwirklichung der Menschenrechte kann zur Erreichung der MDGs und damit zur Armutsreduzierung beitragen.

In dem UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (KRK) wird das allgemeine Menschenrechtskonzept für die Gruppe der Unter-18-Jährigen konkretisiert. Die 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Konvention legt umfassend die persönlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte von Kindern und Jugendlichen fest. Sie benennt Kinder, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, ausdrücklich als Träger von Rechten. Über allem steht der Grundsatz aus Artikel 3 der KRK, dass „das Wohl des Kindes bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden..., vorrangig zu berücksichtigen ist.“

Weitere Forderungen:

- Armutsbekämpfung muss sich am Wohle der Kinder ausrichten (Artikel 3 KRK) und sowohl der Vielfalt wie auch den strukturellen Ursachen von Kinderarmut Rechnung tragen.
- Sollen die MDGs umgesetzt werden, so müssen Kinder und Jugendliche in ihren Rechten gestärkt werden.
- Im Umkehrschluss muss die Verwirklichung der MDGs höchste politische Priorität bekommen. Werden die MDGs verwirklicht, so verbessert dies die Lebenssituation vieler Kinder und stärkt sie in ihren Rechten.
- Die Entwicklungsländer müssen bei der nationalen Umsetzung der KRK unterstützt werden. Im Vordergrund muss eine Stärkung von staatlichen Institutionen in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit stehen.
- Zentrale Grundlage für das von der Bundesregierung angekündigte verbindliche Konzept „Menschenrechte und Entwicklungspolitik“ muss eine inhaltlich-strategische Verknüpfung zwischen Menschenrechten und Armutsbekämpfung bzw. MDGs sein.
- Das Konzept „Menschenrechte und Entwicklungspolitik“ muss einen kinderrechtlichen Ansatz berücksichtigen.

4. Armutsbekämpfung und Anpassung an den Klimawandel müssen zusammengedacht werden.

Unter den Folgen von Umweltschäden und Umweltzerstörung leiden die Ärmsten und unter ihnen die Jüngsten am meisten. Vor allem arme, kinderreiche Länder sind von den Folgen des Klimawandels betroffen. Damit wirkt der Klimawandel der Umsetzung der MDGs entgegen. Extreme Wetterereignisse wie Dürren, schwere Stürme und Überschwemmungen zerstören Ernten, Infrastruktur und Eigentum. Vielerorts verschärfen die Folgen des Klimawandels existierende Umweltschäden und Armut. Für Kinder bedeutet dies häufig zunehmende Mangel- und Unterernährung und eine zunehmende Gefahr, an Infektionen zu erkranken. Dabei hat jedes Kind in dieser Welt das Recht, in einer intakten Umwelt aufzuwachsen, ein gesundes Leben zu führen und positive Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Als Hauptbetroffene von Umweltschäden und Klimawandel sind Kinder und Jugendliche „Experten“ für diese Probleme. Sie können vieles zum Erhalt von Ressourcen beitragen, wenn die notwendigen Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Dazu zählen schulische und außerschulische Umweltbildung und eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Prozessen.

Weitere Forderungen:

- Die schulische wie außerschulische Umweltbildung muss gefördert werden. Werden Kinder und Jugendliche in der Schule oder anderswo für Natur und Umwelt bzw. deren Schutz sensibilisiert, so sind viele von ihnen motiviert, selber für Umwelt- und Klimaschutz aktiv zu werden. Als Multiplikatoren geben sie ihr Wissen an die Familien und Gemeinden weiter und motivieren auch sie zum Handeln.
- Kinder und Jugendliche müssen an der Erstellung und Umsetzung von Programmen zur Anpassung an den Klimawandel beteiligt werden. Ein zentrales Politikinstrument für armutsorientierte Klimaanpassung in den Südländern stellen die NAPAs (National Adaptation Programmes of Action) dar. Bislang haben jedoch rechtsbasierte Ansätze kaum Eingang in diese Strategiepapiere gefunden und eine entscheidungsrelevante Beteiligung der Betroffenen hat nicht stattgefunden. Kinder und Jugendliche werden allenfalls als verletzte Gruppen, nicht aber als Rechtsträger erwähnt. Kinder und Jugendliche müssen an der Erstellung, Umsetzung und den Monitoring-Prozessen der NAPAs beteiligt werden.
- Kinder und Jugendliche müssen an der Entwicklung von Maßnahmen zur Katastrophenvorbeugung beteiligt werden, da sie hier einen wichtigen Beitrag leisten können. Heranwachsende halten sich häufig im Freien auf, beobachten ihre Umwelt, kennen ihr Umfeld genau und bemerken so Veränderungen als Erste. Sie können wichtige Impulse zur Anpassung an den Klimawandel oder zur Vermeidung von Umweltschäden geben.

www.kindernothilfe.de

Kontakt: Petra.Stephan@knh.de